

# Stenographischer Bericht

der

## ersten Sitzung des Landtages zu Laibach

am 23. November 1865.

**Anwesende:** Vorsitzender: Freiherr v. Codelli, Landeshauptmann in Krain. — Regierungs-Commissäre: Se. Excellenz Freiherr v. Bach, k. k. Statthalter; Landesrath Roth. — Sämmtliche Mitglieder, mit Ausnahme Sr. fürstbischöflichen Gnaden Dr. Widmer, dann der Herren Abgeordneten Golob, Jombart, Kosler, Skedl und Anton Freiherr v. Zois. — Schriftführer: Victor v. Langer.

**Tagesordnung:** 1. Ansprache des Landeshauptmannes Freiherrn v. Codelli. — 2. Prüfung zweier Wahloperate. — 3. Wahl der Schriftführer.

Beginn der Sitzung halb 12 Uhr Vormittag.

### Präsident:

Ich habe die Ehre (die Versammlung erhebt sich), dem hohen Hause unsern neu ernannten k. k. Herrn Statthalter, Se. Excellenz Freiherrn Eduard v. Bach, vorzustellen.

Se. Majestät unser Kaiser und Herr hat mit a. h. Diplome vom 18. September die Landtage der deutsch-slavischen Provinzen für den 23. November in ihre gesetzlichen Verhandlungsorte einzuberufen geruht. Diesem Rufe folgend finden wir uns heute hier zusammen, um das Wohl des Landes nach bestem Wissen und Gewissen zu berathen.

Vor Allem muß ich Sie mit wahrem, aufrichtigem Bedauern in Kenntniß setzen, daß sowohl das hohe Haus, als auch der Landesausschuß einen herben Verlust erlitten haben. Das geschätzte thätige Mitglied, der vorige Bürgermeister Herr Michael Ambrosch ist uns kurze Zeit nach Schluß der letzten Session durch den Tod entrisen worden. Sein Andenken zu ehren, die Theilnahme an dem zu früh Verschiedenen kund zu geben, wird Ihnen selbst Bedürfniß sein, und ich glaube, es ist überflüssig, Sie dazu aufzufordern.

Der Tod des Herrn Ambrosch, so wie das Austreten des Herrn Vilhar haben zwei Neuwahlen nothwendig gemacht, und zwar die eines Abgeordneten für die Orte Oberlaibach, Abelsberg, Laas und die eines Abgeordneten aus den Landgemeinden der Bezirke: Planina, Abelsberg, Laas, Feistritz, Senosetsch. Die diesfälligen Wahloperate werden dem hohen Hause mittelst besonderer Vorlagen zur Prüfung und Beschlußfassung vorgelegt werden.

Weitere Mandats-Niederlegungen sind von Seite des Abgeordneten des Großgrundbesitzes Gustav Graf v. Auersperg, dann der Abgeordneten der Handels-Kammer, Michael Freiherr v. Zois und Lambert Carl Luckmann, in der letzten Stunde erfolgt. Die Einleitungen zu den bezüglichen Neuwahlen sind im Zuge.

Aus dem Rechenschaftsberichte, der sich bereits in Ihren Händen befindet, werden Sie die Thätigkeit des Landesausschusses, so wie den Umfang seiner Geschäfte entnehmen; Sie werden beurtheilen können, ob und inwiefern der Landesausschuß dem ihm geschenkten Vertrauen entsprochen hat.

Fest steht in mir das Vertrauen, daß Sie, meine Herren, bei den nun beginnenden Verhandlungen nur das Wohl des Landes, ohne jede Nebenrücksicht, im Auge behalten und dasselbe nach Kräften zu fördern bestrebt sein werden. Ich darf aber auch die Hoffnung aussprechen, daß Se. Excellenz der Herr Statthalter billigen und gerechten Wünschen des Landes seine einflußreiche Unterstützung nicht versagen werde.

Und somit erkläre ich unter dem Rufe, der in Oesterreichs weiten Gauen überall Wiederhall findet, mit dem Rufe: **Hoch unser allergnädigster Kaiser und Herr!** die vierte Session des krainischen Landtages für eröffnet. (Die Versammlung stimmt in ein dreimaliges begeistertes Hoch! ein; Rufe: Bravo! Slava!)

**K. k. Statthalter Freiherr v. Bach:**

Hochverehrte Versammlung!

Da ich als neu ernannter Landeschef des Herzogthumes Krain zum ersten Male die Ehre habe, die Regierung auf dem krainischen Landtage zu vertreten, so erlaube

ich mir, indem ich die hochverehrte Versammlung freundlichst begrüße, mich bei Ihnen mit einigen Worten einzuführen.

Der Landtag wird auch im Laufe dieser Session zahlreiche wichtige Geschäfte zum Wohle des Landes zu schlichten haben. Ich werde mich glücklich schätzen, im Namen der Regierung hiebei mitzuwirken, und der Landtag wird mich sowie meinen jeweiligen Vertreter stets auf dem Wege finden, der mit Klugheit und Mäßigung zur gemeinsamen Verständigung führt. Ich hege die Ueberzeugung, daß nur auf diesem Wege positive und praktische Resultate sich erzielen lassen. Bei dem redlichen Bestreben, das mich beseelt, zu einer erfpriechlichen Erledigung der Landtagsgeschäfte mit allen meinen Kräften beizutragen, glaube ich auch seitens dieser hochverehrten Versammlung eines freundlichen Entgegenkommens versichert sein zu dürfen.

Ich schreite nun zur Eröffnung derjenigen Gegenstände, welche ich an die Landesversammlung zu richten habe.

Ueber Allerhöchsten Befehl Sr. Majestät unseres allergnädigsten Kaisers habe ich laut Erlaß des Herrn Staatsministers vom 13. d. M. dem Landtage das kaiserliche Manifest und Patent vom 20. September d. J. zu übergeben und das Allerhöchste Handschreiben vom 7. November zu eröffnen, welches lautet (liest):

„Ich habe in Meinem Manifeste und den dasselbe begleitenden Patente vom 20. September 1865 den Weg bezeichnet, welchen Meine Regierung zu betreten hat, um dauernde Grundlagen für eine Verfassung des Reiches zu gewinnen, welche die Monarchie in ihrem einheitlichen Bestande und die einzelnen Königreiche und Länder sowohl im Kreise ihrer Selbstständigkeit, als auch als unzertrennlich verbundene Theile des Ganzen in ihren wohlbegründeten Rechtsansprüchen zu sichern geeignet ist. Bei der Wichtigkeit dieses Staatsactes befehle Ich, den Landtagen Meiner Königreiche und Länder im westlichen Theile des Reiches bei deren Eröffnung hievon Mittheilung zu machen.

Wien, den 7. November 1865.

Franz Josef m. p.“

Ich habe die Ehre, beiliegend eine in entsprechender Form gemachte Ausfertigung des Allerhöchsten Manifestes und Patentes vom 20. September in beiden Landessprachen zu übergeben.

Ich habe ferner als Regierungsvorlagen dem Landtage das Gemeindegesetz und die Gemeindevahlordnung für das Herzogthum Krain zu übergeben.

Bekanntlich ist das im vorigen Jahre berathene Gemeindegesetz nicht von Sr. Majestät dem Kaiser sanctionirt worden wegen der abweichenden Fassung des §. 24 und der demselben angehängten Angelobungsformel von dem betreffenden Paragraph des Regierungsentwurfes.

Sr. Majestät der Kaiser haben aber auch zugleich allergnädigst anzuordnen geruht, daß das Gemeindegesetz und die Gemeindevahlordnung in diesem Landtage als Regierungsvorlage, und zwar in der Art eingebracht werden, daß darin unter Beibehaltung der nicht beanstandeten Bestimmungen der §. 23 (24) und die Angelobungsformel nach der Fassung in dem Regierungsentwurfe abgeändert werden. Ich habe die Ehre, in der Anlage die neu abgefaßten Gesekentwürfe einer Gemeindeordnung und Gemeindevahlordnung für Krain mit dem Ersuchen zu übergeben, diese Gesekentwürfe bei dem Landtage als Regierungsvorlagen auf die Tagesordnung zu bringen. Ein zweiter Gegenstand, den ich dem Landtage vorzubringen habe, ist die Begutachtung der Territorialeintheilung der

künftigen politischen Bezirksbehörden. Nachdem der Grundsatz der Trennung der Verwaltung von der Justiz auch in den untern Organen durchgeführt werden soll, fallen die dormaligen gemischten Bezirksämter weg, und die Agenden werden an rein politische Behörden übergehen. Als Vorarbeit hiezu dient die Ausmittlung ihrer Amtsgebiete und in Folge Erlasses des Staatsministers wurde von der hiesigen Regierung der Entwurf der Territorialeintheilung der künftigen politischen Behörden unter Zuziehung von Vertrauensmännern ausgearbeitet.

Sr. Majestät der Kaiser haben anzuordnen geruht, daß dieser Entwurf der Territorialeintheilung der künftigen politischen Bezirksbehörden dem Landtage zur Begutachtung im Sinne der Landesordnung §. 19 ad 2 mitgetheilt werde. Ich habe nun die Ehre, diesen Entwurf sammt einer statistischen Uebersicht als Regierungsvorlage zu dieser angebeuteten Begutachtung mitzutheilen.

(Die Versammlung setzt sich.)

### Präsident:

Nach der Geschäftsordnung hat das an Jahren jüngste Mitglied der Versammlung provisorisch die Function des Schriftführers zu übernehmen; ich ersuche daher Herrn v. Langer, sich diesem Geschäfte zu unterziehen. (Abgeordneter v. Langer nimmt den Platz am Schriftführertische ein.)

Wir kommen nun zur Prüfung der Wahloperate, und ich ersuche den Herrn Deschmann, dieselben vorzutragen.

### Berichterstatter Deschmann liest:

„Hoher Landtag!

Das hohe Landespräsidium hier hat mit Note vom 30. Juni 1864, Z. 1226, den Wahlact über die am 28. Juni 1864 stattgehabte Wahl eines Landtagsabgeordneten für die Städte und Märkte des Wahlbezirkes Adelsberg, Oberlaibach und Laas an die Stelle des verstorbenen Bürgermeisters Michael Ambrosch an den Landesauschuß übermittelt, welcher nach §. 53 der Landtagswahlordnung für das Herzogthum Krain denselben zu prüfen und darüber an den Landtag zu berichten hat, dem die Entscheidung über die Zulassung des Gewählten zusteht.

Das Ergebniß der vorgenommenen Prüfung ist folgendes:

Das k. k. Landespräsidium hat mit Erlaß vom 15. Mai 1864 eine neue Wahl ausgeschrieben, auf den 28. Juni angeordnet und öffentlich kundgemacht. Die wahlberechtigten Mitglieder der Stadtgemeinde Laas und der Marktgemeinden Adelsberg und Oberlaibach sind zu dieser Wahl von den betreffenden Bezirksämtern mit Legitimationskarten versehen worden und es haben auch diese die rectificirten Wählerlisten zur Anfertigung der Hauptwählerliste an das Bezirksamt Adelsberg eingefendet.

Von 299 Wahlberechtigten haben sich 162 an der Wahl theilgenommen.

Die Wahlcommission ist nach §. 36 Absatz 3 der Landtagswahlordnung vorschriftsmäßig zusammengesetzt worden und es wurde gegen die derselben übergebenen Hauptwählerlisten keine Einsprache erhoben, worauf man zur Abstimmung schritt, worüber die Stimmlisten und Gegenstimmlisten ordnungsmäßig geführt worden sind.

Während der Wahl wurde von der Wahlcommission über mehrere vom landesfürstlichen Commissär vorgebrachte Bedenken und Einsprachen folgende Entscheidung im Sinne des §. 45 der Landtagswahlordnung getroffen.

Bezüglich vier Wähler, welche als Vormünder oder Curatoren erschienen waren, entschied man sich einstimmig dahin, daß sie ihre Stimme für ihre wahlberechtigten

Pflegebefohlenen im Namen der Letzteren abzugeben berechtigt seien. Das gleiche Recht zur Stimmabgabe wurde auch einem Ehegatten bezüglich seiner wahlberechtigten Ehegattin, und einem Bevollmächtigten für eine wahlberechtigte Witwe von der Wahlcommission zuerkannt.

Dem Wahlacte liegen 143 Legitimationskarten von den 162 Wahlberechtigten bei, die sich an der Wahl theiligt haben. Nach Maßgabe der vorliegenden Stimm- und Gegenstimmlisten erhielt Sr. Excellenz Freiherr von Schloßnigg 104 von den abgegebenen 162 Stimmen und erscheint daher mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt.

Da bei der vorgenommenen Wahl nach den Bestimmungen der Landtagswahlordnung für das Herzogthum Krain vorgegangen wurde und auch bezüglich des Gewählten die vom §. 17 der Landtagswahlordnung geforderten Eigenschaften vorhanden sind, so wird der Antrag gestellt: der hohe Landtag wolle die Wahl Sr. Excellenz des Freiherrn v. Schloßnigg zum Landtagsabgeordneten genehmigen."

#### Präsident:

Wünscht Jemand das Wort? (Nach einer Pause:) Nachdem Niemand sich zum Worte erhebt, bringe ich den Antrag des Landesauschusses auf Anerkennung der Wahl seiner Excellenz des Herrn Freiherrn v. Schloßnigg zur Abstimmung.

Jene Herren, welche damit einverstanden sind, wollen sich erheben. (Geschicht.)

#### Berichterstatter Deschmann liest:

##### Hoher Landtag!

„Das hohe Landespräsidium hier hat mit Zuschrift vom 4. Juni 1864, Z. 1022, im Sinne des §. 53 der Landtagswahlordnung für das Herzogthum Krain den Wahlact über die am 30. Mai d. J. von den Landgemeinden des Wahlbezirktes Adelsberg, Planina, Senofetsch, Laas und Feistritz vorgenommene Wahl eines zweiten Landtagsabgeordneten statt des ausgetretenen Herrn Miroslav Vilhar an den krainischen Landesauschuß übermittelt.

Zugleich hat dasselbe in einer spätern Zuschrift vom 8. Juni l. J., Z. 1039, die Stimmliste über die in der Gemeinde Planina am 25. Mai l. J. stattgehabte Wahl des Wahlmannes Herrn Josef v. Schiwizhofen an Stelle des frühern Bezirksvorstehers Herrn Arko hieher geleitet.

Es wurde demnach die Prüfung des Wahlactes nach den Bestimmungen der Landtagswahlordnung vorgenommen.

Zu der durch Landespräsidial-Berordnung vom 17ten März l. J., Z. 509, auf den 30. Mai festgesetzten Wahl hatten sich 105 Wahlmänner eingefunden. Die Wahlcommission ist nach §. 36 Absatz 3 der Landtagswahlordnung vorschriftsmäßig zusammengesetzt worden, und es hat dieselbe die Hauptliste der Wahlmänner in Rücksicht des Umstandes, daß einige Wahlmänner seit der im Jahre 1861 stattgehabten Wahl mit dem Tode abgegangen waren, berichtet; sonst ist gegen die Wahlberechtigung der übrigen verzeichneten Wahlmänner keine Einsprache erhoben worden. Von den 105 erschienenen Wahlmännern liegen dem Wahlacte 74 Legitimationskarten bei, und es hat die Wahlcommission die übrigen Wahlmänner, welche ihre Legitimationskarten nicht mitgebracht hatten, da ihr dieselben wohl bekannt waren, nicht zu beanständen gefunden.

Die Stimmlisten und Gegenstimmlisten sind ordnungsmäßig geführt worden.

Nach Maßgabe dieser erhielt Herr Dr. H. E. Costa von 105 abgegebenen Stimmen die absolute Majorität mit 62 Stimmen.

Nachdem gegen den Vorgang der Wahl nichts zu bemerken ist, und auch bezüglich des Gewählten die Bestimmungen des §. 17 der Landtagswahlordnung eintreffen, so wird der Antrag gestellt:

Der hohe Landtag wolle die Wahl des Dr. Heinrich Ethbin Costa zum Landtagsabgeordneten genehmigen.

#### Präsident:

Wünscht Jemand das Wort? (Nach einer Pause:) Es ergreift Niemand das Wort; ich bringe demnach den Antrag auf Anerkennung des Herrn Dr. Costa als Landtagsabgeordneten der Landgemeinden aus den Bezirken Planina, Adelsberg, Senofetsch, Feistritz und Laas zur Abstimmung. Jene Herren, welche damit einverstanden sind, wollen sich erheben. (Geschicht.)

(Schriftführer v. Langer führt die Abgeordneten Freiherr v. Schloßnigg und Dr. Costa in den Saal ein; Präsident zu den beiden Abgeordneten gewendet:)

Nachdem der hohe Landtag (die Versammlung erhebt sich), die auf Sie gefallenen Wahlen bestätigt hat, so ersuche ich Sie, die vorgeschriebene Angelobung zu leisten. Sie werden in meine Hände angeloben: Treue, Gehorsam dem Kaiser, Beobachtung der Gesetze und genaue Erfüllung Ihrer Pflichten.

#### Abg. Freiherr v. Schloßnigg:

Ich gelobe.

#### Abg. Dr. Costa:

Ich gelobe.

#### Präsident:

Ich ersuche den Herrn Schriftführer nunmehr das kaiserliche Patent vom 20. September in beiden Sprachen zur Kenntniß des hohen Hauses zu bringen.

(Die Versammlung erhebt sich.)

#### Schriftführer v. Langer liest:

„An meine Völker!

Die Machtstellung der Monarchie durch eine gemeinsame Behandlung der höchsten Staatsaufgaben zu wahren und die Einheit des Reiches in der Beachtung der Mannigfaltigkeit seiner Bestandtheile und ihrer geschichtlichen Rechtsentwicklung gesichert zu wissen — dies ist der Grundgedanke, welcher in Meinem Diplom vom 20. October 1860 einen Ausdruck fand und Mich zum Wohle Meiner treuen Unterthanen fortan leiten wird.

Das Recht der Völker, durch ihre legalen Vertretungen bei der Gesetzgebung und Finanzgebarung beschließend mitzuwirken, diese sichere Bürgschaft für die Förderung der Interessen des Reiches wie der Länder, ist feierlich gewährleistet und unwiderruflich festgestellt.

Die Form der Ausübung dieses Rechtes hat das mit Meinem Patente vom 26. Februar 1861 kundgemachte Grundgesetz über die Reichsvertretung bezeichnet, und im sechsten Artikel des gedachten Patentes habe Ich den ganzen Inbegriff der vorausgegangenen, der wieder ins Leben gerufenen und der neu erlassenen Grundgesetze als die Verfassung Meines Reiches verkündet.

Die Belebung dieser Form, die harmonische Gestaltung des Verfassungsbaues in allen seinen Theilen blieb dem freien Zusammenwirken aller Meiner Völker anheimgegeben.

Nur mit warmer Anerkennung kann ich der Bereitwilligkeit gedenken, mit welcher durch eine Reihe von Jahren ein großer Theil des Reiches, Meiner Berufung folgend, seine Vertreter in die Reichshauptstadt entsandte, um im Gebiete des Rechtes, der Staats- und Volkswirtschaft hochwichtige Aufgaben zu lösen.

Doch unerfüllt blieb Meine Absicht, die Ich unabänderlich bewahre, den Interessen des Gesamtstaates die sichere Gewähr in einer verfassungsmäßigen Rechtsgestaltung zu bieten, die ihre Kraft und Bedeutung in der freien Theilnahme aller Völker findet.

Ein großer Theil des Reiches, so warm und patriotisch auch dort die Herzen schlugen, hielt sich beharrlich fern von dem gemeinsamen legislativen Wirken, indem er seine Rechtsbedenken durch eine Verschiedenheit der Bestimmungen jener Grundgesetze zu begründen sucht, welche in ihrer Gesamtheit eben die Verfassung des Reiches bilden.

Meine Regentenpflicht verbietet es, Mich länger der Beachtung einer Thatsache zu verschließen, welche die Verwirklichung Meiner der Entwicklung eines freien Verfassungslebens zugewandten Absicht hemmt und das Recht aller Völker in seiner Grundlage bedroht, denn auch für die Länder, welche nicht zur ungarischen Krone gehören, wurzelt die gemeinsame legislative Berechtigung nur in jenem Boden, welcher im Artikel VI des Patentens vom 26. Februar 1861 als die Verfassung des Reiches bezeichnet wird.

Insolange die Grundbedingung eines lebensvollen Inbegriffes von Grundgesetzen, der klar erkennbare Einklang seiner Bestandtheile fehlt, ist auch das große und gewiß segenerheißende Werk einer dauernden verfassungsmäßigen Rechtsgestaltung des Reiches nicht zur That geworden.

Um nun Mein kaiserliches Wort lösen zu können, um der Form nicht das Wesen zu opfern, habe Ich beschlossen, zunächst den Weg der Verständigung mit den legalen Vertretern Meiner Völker in den östlichen Theilen des Reiches zu betreten und dem ungarischen sowie dem kroatischen Landtage das Diplom vom 20. October 1860 und das mit dem Patente vom 26. Februar 1861 kundgemachte Grundgesetz über die Reichsvertretung zur Annahme vorzulegen.

In Erwägung jedoch, daß es rechtlich unmöglich ist, eine und dieselbe Bestimmung in einem Theile des Reiches zum Gegenstande der Verhandlung zu machen, während sie gleichzeitig in den andern Theilen als allgemein bindendes Reichsgesetz behandelt würde — sehe Ich Mich genöthigt, die Wirksamkeit des Gesetzes über die Reichsvertretung mit der ausdrücklichen Erklärung zu sistiren, daß Ich Mir vorbehalte, die Verhandlungsergebnisse der Vertretungen jener östlichen Königreiche, falls sie eine mit dem einheitlichen Bestande und der Machtstellung des Reiches vereinbare Modification der erwähnten Gesetze in sich schließen würden, vor Meiner Entschließung den legalen Vertretern der andern Königreiche und Länder vorzulegen, um ihren gleichgewichtigen Ausspruch zu vernehmen und zu würdigen.

Ich kann es nur beklagen, daß dieser unabweislich gebotene Schritt auch einen Stillstand in dem verfassungsmäßigen Wirken des engeren Reichsrathes mit sich bringt, allein der organische Zusammenhang und die gleiche Geltung aller Grundbestimmungen des Gesetzes für die gesammte Thätigkeit des Reichsrathes macht eine Scheidung und theilweise Aufrechterhaltung der Wirksamkeit des Gesetzes unmöglich.

So lange die Reichsvertretung nicht versammelt ist, wird es die Aufgabe Meiner Regierung sein, alle unaufschiebbaren Maßregeln und unter diesen insbesondere jene zu treffen, welche durch das finanzielle und volkwirtschaftliche Interesse des Reiches geboten sind.

Frei ist die Bahn, welche mit Beachtung des legitimen Rechtes zur Verständigung führt, wenn — was Ich mit voller Zuversicht erwarte — ein opferfähiger, versöhnlicher Sinn, wenn gereifte Einsicht die Erwägung Meiner treuen Völker leitet, an welche dieses kaiserliche Wort vertrauensvoll gerichtet ist.

Wien, am 20. September 1865.

Franz Joseph m. p.“

Wir Franz Joseph I., von Gottes Gnaden Kaiser

von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen, König der Lombardei und Venedig, von Dalmatien, Croatien, Slavonien, Galizien, Podomerien und Syrien, König von Jerusalem, Erzherzog von Oesterreich, Großherzog von Toscana und Krakau, Herzog von Lothringen, von Salzburg, Steier, Kärnten, Krain und der Bukovina, Großfürst von Siebenbürgen, Markgraf von Mähren, Herzog von Ober- und Niederschlesien, von Modena, Parma, Piacenza und Guastalla, von Auschwitz und Zator, von Teschen, Triaul, Ragusa und Zara, gefürsteter Graf von Habsburg und Tirol, von Kyburg, Görz und Gradisca, Fürst von Trient und Brixen, Markgraf von Ober- und Niederlausitz und in Istrien, Graf von Hohenems, Feldkirch, Bregenz, Sonnenfels &c., Herr von Triest, von Cattaro und auf der windischen Mark, Großwojwod der Wojwodschafft Serbien &c. &c.

thum kund und zu wissen:

In Erwägung der unabweislichen Nothwendigkeit, zur Gewinnung dauernder Grundlagen für eine verfassungsmäßige Rechtsgestaltung des Reiches den Weg der Verständigung mit den legalen Vertretern der Länder der ungarischen Krone zu betreten und zu diesem Ende den betreffenden Landtagen das Diplom vom 20. October 1860, das mit dem Patente vom 26. Februar 1861 kundgemachte Gesetz über die Reichsvertretung zur Annahme vorzulegen, in weiterer Erwägung, daß eine gleichzeitige Behandlung dieser Urkunden als allgemein bindendes Reichsgesetz hiedurch ausgeschlossen wird, verordnen Wir nach Anhörung Unseres Ministerrathes, wie folgt:

Erstens: Die Wirksamkeit des Grundgesetzes über die Reichsvertretung wird mit dem Vorbehalte sistirt, die Verhandlungsergebnisse des ungarischen und des kroatischen Landtages, falls sie eine mit dem einheitlichen Bestande und der Machtstellung des Reiches vereinbare Modification der erwähnten Gesetze in sich schließen würden, vor Unserer Entschließung den legalen Vertretern der andern Königreiche und Länder vorzulegen und ihren gleichgewichtigen Ausspruch zu vernehmen und zu würdigen.

Zweitens: Insolange die Reichsvertretung nicht versammelt ist, hat Unsere Regierung die unaufschiebblichen Maßregeln, und unter diesen insbesondere jene zu treffen,

welche das finanzielle und volkswirthschaftliche Interesse des Reiches erheischt.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt Wien, den 20. September im eintaufendacht- und fünfundsiebzigsten, Unserer Regierung im siebzehnten Jahre.

Franz Joseph m. p.

Belcredi m. p.	Mensdorf m. p.
M. Esterhazy m. p.	Franck m. p.
Mailath m. p.	Varisch m. p.
Romers m. p.	J. Majuranić m. p.
Saller m. p.	

Auf allerhöchste Anordnung:  
Bernhard Ritter v. Meyer m. p.

Mojim Narodom!

„Ohraniti moč monarhije po vkupnem obravnavanju najviših državnih nalog, in zavarovati edinstvo cesarstva z ozirom na mnogoličnost njegovih sestavnih delov in na zgodovinski razvoj njihovega prava — to je poglavitna misel, ktera je izrečena v Mojim diplomu od 20. oktobra 1860, in ktera me bo po zdaj vodila k pridu zvestih Mojih podložnikov.

Pravica narodov, po kateri imajo oblast po svojih zakonitih zastopnikih sklepaje sodelovati, v postavodajstvu in gospodarstvu finančnem, to gotovo poroštvo za veči blagor tako cesarstva, kakor dežel, slovesno je zagotovljena in nepreklicno utrjena.

Formo, kako naj se svršuje ta pravica, načrtala je osnovna postava o zastopstvu cesarstva, rasglašena z Mojim patentom od 26. februarja 1861, in v VI. členu tega patenta oklical sem Jez za ustavo Mojega cesarstva vse te tako poprejšnje, na novo v življenje obujene, kakor tudi novo izdane osnovne postave skup.

Oživiti to formo, skladoma obrazovati ustavno poslopje v vseh njegovih delih, bilo je pripuščeno svobodnemu sodelovanju vseh Mojih narodov.

S toplim samopriznanjem spominam se pripravnosti, s katero je več let sem velik del cesarstva na Moj poklic zastopnike svoje pošiljal v poglavitno mesto cesarstva, reševat preimenitne naloge v obsegu prava ter v obsegu državnega in narodnega gospodarstva.

Toda nakana Moja, ktere se nepremeljivo držim, da se namreč interesom skupne države podade gotovo poroštvo v ustavni pravni uredbi, ktera ima svojo moč in pomembo tedaj, kedar se je prostovoljno vdeležijo vsi narodi, — ta Moja nakana je ostala neizpolnjena.

Velik del cesarstva, dasi tudi v njem toplo in domoljubno bijejo srca, odtegal se je stanovitno vkupnemu postavodajavnemu delu, prizadevaje si opravičiti svoje pravne pomislke z različnostjo ustanovitev tistih osnovnih postav, ktere v skupnosti svoji so ravno ustava cesarstva.

Ne da Mi vladarska dolžnost Moja, da se še dalje ne ozrem na resnično reč, ktera ovira Mojo nakano, obrnjeno na razvoj svobodnega ustavnega življenja, in ktera pravico vseh narodov v njeni podslombi stresa; kajti tudi za dežele, ki niso pod ogersko krono, vkoreninjena je pravica skupnega postavodajavstva edino v tistem temelju, kateri je v členu VI. patenta od 26. februarja 1861 oznanjen za ustavo cesarstva.

Dokler manjka poglavitnega pogoja, čvrsto živemu skupku osnovnih postav, dokler namreč ne bo očitnega

soglasja v sestavnih delih njegovih, dotle ni postalo resnica niti veliko in zares blagonosno delo trdne pravne uredbe cesarstva na ustavni poti.

Da torej morem izpolniti Svojo cesarsko besedo, da ne pade zavolj forme stvar sama, sklenil sem, nastopiti naj pred pot porazumljenja se zakonitimi zastopniki Mojih narodov v vzhodnjih stranéh cesarstva in predložiti za sprejem ogerskemu, kakor tudi hrvaškemu deželnemu zboru diplom od 20. oktobra 1860 in pa osnovno postavo o zastopstvu cesarstva, razglašeno z patentom od 26. februarja 1861.

Ker pa pravno ni mogoče, da bi se ena in ista ustanovitev v enem delu cesarstva podvrгла razpravljanju, v tem ko bi se isti čas v drugih delih štela za državno postavo, ki v obče veže — primoran sem, ustaviti veljavnost postave o zastopstvu cesarstva z očitno izreko, da Si pridržujem, to, kar bodo razprave zastopstev unih vzhodnih kraljestev spravile na dan, ako bi v sebi zapopadalo tako prenarredo omenjenih postav, ktera se vjema z edinstvenim obstankom in z močjo cesarstva, predno Sam sklenem, predložiti zakonitim zastopnikom drugih kraljestev in dežel, da njih enako važen izrek zašlišim in vpredvarek vzamem.

Žal mi je res, da potem neogibnem koraku mora stati tudi ustavno delo ožega državnega zbora; ali organski stik in enaka veljava vseh osnovnih ustanovitev postave za skupno djavnost državnega zbora izdane ne dà ločiti jih in po nekem delu ohraniti v veljavi iste postave.

Dokler ne bo zbrano zastopstvo cesarstva, bode delo Moje vlade, storiti vse neodložne naredbe in izmed njih zlasti tiste, ki jih zahtevajo finančni in narodnogospodarstveni interesi cesarstva.

Odprta je pot, ktera, sè spoštovanjem zakonite pravice, pelje k porazumljenju, ako bode — kar s trdnim zaupanjem pričakujem — požrtvujoča pomirljivost, ako bode zrela sprevidnost vodila prevdarek Mojih zvestih narodov, na ktere je ta cesarska beseda zaupno obrnjena.

Na Dunaju dne 20. septembra 1865.

Franz Jožef m. p.

**Mi Franc Jožef Prvi.** Po božji Milosti **Cesar Avstrijski;** kralj Ogerski in Češki, kralj Lombardski in Beneški, Dalmatinski, Hrvaški, Slavonski, Gališki, Vladimirski in Ilirski, kralj Jeruzalemski i. t. d., nadvojvoda Avstrijski; veliki vojvoda Toskanski in Krakovski; vojvoda Lotarinski, Salcburški, Štajerski, Koroški, Kranjski in Bukovinski; veliki knez Erdeljski, mejni grof Moravski, vojvoda Gornje-Sleški in Dolnje-Sleški, Modenski, Parmski, Plačenski in Kvastalski, Osvetimski in Zatorski, Tešinski, Friulski, Dobrovniški in Zaderski; pokneženi grof Habsburški in Tirolski, Kiburški, Goriški in Gradiški; knez Tridenski in Briksenski; mejni grof Gornje-Lužiški, Dolnje-Lužiški in Isterski, grof Hohenembski, Feldkirchski, Bregenski, Sonnenberžki i. t. d., gospod mesta

Tržaškega, Kotora in Slovenske meje; veliki vojvoda Vojvodine Srbske i. t. d. i. t. d.

dajemo na znanje in poročamo:

Ker je za dosege trdnega temelja, na katerem bi se pravo cesarstva po ustavnem obrazovalo, neogibno potrebno, nastopiti pot porazumljenja s zakonitimi zastopniki dežel ogerske krone, in v ta konec dotičnim zborom deželnim predložiti za sprejem diplom od 20. oktobra 1860 in postavo o zastopstvu, rasglašeno s patentom od 26. februarja 1861;

Ker je dalje zavolj tega nemogoče ob enem šteti ti pismi za državno postavu, ktera v obče veže, ukazujemo, zaslišavši Svoje ministersko svetovavstvo, tako:

Prvič: Veljavnost osnovne postave o zastopstvu cesarstva ustavlja se s tem pridržkom, da se bo to, kar bodo razprave ogerskega pa hrvaškega deželnega zbora spravile na dan, ako bi obsegalo, v sebi prenarredo omenjenih postav, ki se vjema z edinstvenim obstankom in z močjo cesarstva, predno Mi sklenemo o istem, predložilo zakonitim zastopnikom drugih kraljestev in dežel, da Nam bo mogoče, njih isto tako važen izrek zaslišati in v prevdarek vzeti.

Drugič: Dokler zastopstvo cesarstva ne bode zbrano, ima Naša vlada izdati neodložne naredbe in med temi zlasti tiste, ki jih finančni in narodno-gospodarstveni interesi cesarstva zahtevajo.

Dano v Našem poglavitnem in prestolnem mestu na Dunaju 20. septembra v letu tisoč osem sto šest deset petem,

Našega cesarjevanja sedemnajstem.“

**Franz Josef s. r.**

Belcredi s. r.	Mensdorf s. r.
Mailath s. r.	Larisch s. r.
Haller s. r.	M. Esterhazy s. r.
Komers s. r.	J. Mažuranić s. r.

Franck s. r.

Po najvišem povelju:

Vitez Bernard Meyer s. r.

**Präsident:**

Das uns zur Kenntniß gebrachte Allerhöchste Patent wird in das landchaftliche Archiv niedergelegt und sorgsam aufbewahrt.

**Poslanec Dr. Bleiweis:**

Prosim gospod predsednik besede!

**Präsident:**

Herr Dr. Bleiweis hat das Wort.

**Poslanec Dr. Bleiweis:**

Slavni zbor! Slišali smo sporočilo Njih Veličanstva cesarski manifest, ki je tudi nam izročén. Sporočilo to je važno za Avstrijo vso in to me je napotilo, da predlagam nujni nasvèt (Dringlichkeitsantrag):

1. Da se adresa pokloni Njih Veličanstvu cesarju.  
2. Da se v osnovanje adrese izvoli odbor 5. gospodov zbornikov. (Poda napisani predlog gospodu predsedniku.)

**Präsident:**

Herr Dr. Bleiweis hat einen aus 2 Punkten bestehenden Antrag vorgelegt: 1. eine Adresse Sr. Majestät zu überreichen, und 2. diesbezüglich einen Ausschuss von 5 Mitgliedern zu wählen.

Nachdem dieser Antrag nicht von 5 Mitgliedern unterschrieben ist, so stelle ich vor Allem die Unterstützungsfrage.

Wird dieser Antrag unterstützt? (Neun Mitglieder erheben sich.) Er ist unterstützt. Ich werde denselben in einer der nächsten Sitzungen zur Begründung an die Tagesordnung setzen (Rufe: Dringlichkeitsantrag! Dr. Bleiweis: Nujni Predlog!) So bitte ich das hohe Haus hierüber abzustimmen. Diejenigen Herren, welche ihn als Dringlichkeitsantrag erklären, bitte ich ein . . . (wird unterbrochen von)

**Poslanec Dr. Toman:**

Prosim besede. Jas bi rad govoril čez ta predlog.

**Präsident:**

Sobald er als Dringlichkeitsantrag erklärt wird.

**Poslanec Dr. Toman:**

Jaz bi rad govoril, ker se vpraša, ali je predlog ta, o katerem je prašanje postavljeno, nujni ali ne, preden se bode glasovalo, ker bi potem prepozno bilo. Prosim da bodem govoril.

**Präsident:**

Sie haben das Wort.

**Poslanec Dr. Toman:**

Moj prijatelj gospod Dr. Bleiweis je predložil nujni predlog za adreso in prav je imel. V duhu naroda slovenskega, v duhu ljudstva kranjske dežele je on predložil, naj osnujemo adreso in jaz želim da v tacem zmislu, da čemo se držati vodil, ktera so nam bila denes sporočena.

Presvitli cesar in vojvod kranjski sam pravi v svojem manifestu od 20. septembra 1865: „prosta je pot,“ narodom vsem izročujem krmilo, in želim, da se modro, prevdarno in vspešno poslužijo njim podeljenih pravic v srečo in blagor sebi in cele Avstrije. „Jaz hočem mir imeti z narodi,“ pravi nadalje Njih Veličanstvo, in narodi slovanski želijo mir ustanoviti z naravno osnovo cesarstva in cesarske besede nam vlivajo upanje v naša srca.

Važno je to sporočilo, važno zato, ker zopet nazaj gre na tisti temelj, na tisto ustavno podlago, ki je edino pravična in ustavna, ki je v duhu državnih pravic vseh kraljestev in dežel in enakih pravic v njih prebivajočih toliko različnih narodov, važno je za to, ker sega na oktobersko diplomu nazaj.

Ko je presvetli cesar oktobersko diplomu dal, je rekel mojstru, naj on zida ustavn poslopje po obrisu, kakor se mu je v oktoberskej diplomu kazalo in on sam se je prostovoljno znebil svojih postavodavnih pravic samovlastnih rekoč: Jaz ne bodem več samovlastno postave dajal, odpravljaj in popravljal, ampak le s pomočjo in po sklepah zborov deželnih in glede na vsem deželam ednake razmere državnega zbora, zraven tega naj se pa tudi rešujejo vse zadeve nemško-slovenskih kraljestev in dežel v zboru, v kterega imajo le priti poslanci teh dežel.

Po teh ustavnih vodilih bi imel zidati mojster, bivši državni minister ustavno poslopje. Ali kaj je mojster naredil? On se ni držal obrisa in je zidal poslopje, v kterem je zoper ustavna vodila hotel spraviti vse narode ne gledé na njih razmere državnopravne, ne gledé na pravice deželnih zborov, hotel je zvariti vse v državni zbor, postavil je poslopje na negotovi in nevarni temelj zibajoči, na §. 13, tako da bi bilo znalo

propasti celo poslopje ustavno. Pozabil je na stopnice ustavne, po katerih bi vsi narodi avstrijski hoditi mogli. In kakšna je naredil okna? Ni luči, ni svitlobe bilo v poslopju, tem več povsod in zmirom je le kraljevala tema. Nismo dobili svobodne tiskarne, družbinske, porotne, kaznovalne postave in še drugih postav. Na vsa ta okna in oknica je pozabil, ali pa zmirom obetal jih tistem, ki težé in hrepené po tako imenovanej individualnej svobodi.

V kakšno poslopje nas je mojster spraviti hotel, so naši bratje Ogrji, bratje Hrvati, bratje Čehi in Moravani in drugi Slovani brž prevideli.

Prevideli so, da v tem poslopju ni veljala nič njih beseda, in da se ni mogla vstvariti sloga in sreča.

Zveza mora biti med nami svobode, enakopravnosti in prispoznanja različnih državnih pravic. Mir se mora skleniti med nami: Avstrija ga potrebuje. Zato ni moglo obstati več to poslopje, ki ni bilo zidano po ustavnem obrisu, ampak zoper obris.

Zato je presvitli Cesar in gospod ukazal novemu mojstru novo osnovo ustavnega poslopja in to veliko-dušno početje je izrečeno in zagotovljeno v manifestu ter so poklicani po njem vsi narodi, da podajo in izrečejo svoj nasvêt, kako bi se zidalo po ustavnem obrisu oktoberske diplome.

In tudi mi čemo se tega obrisa držati, ker tudi mi spoznamo, da je le oktoberska diploma taisti temelj, na kateri se zamore zidati pravno ustavno poslopje in ustanoviti sreča vseh narodov avstrijskih. Zato podpiram pravični in o pravem času postavljeni Dr. Bleiweisov predlog, o katerem ni premišljevali, ali je nujni ali ne — ker hvaležno naše sree se hoče nemudno izreči. Podpiram ga prav živo, ker mi solnčni žark cesarske besede sveti žarno v oči in srce in me bolj vradostuje, kakor februarški patent — luna, ki je le zamogla nekoliko svetiti v noči pretemni. (Prav! prav! dobro!)

**Abg. Svetec:**

Ich bitte um das Wort!

**Präsident:**

Herr Svetec hat das Wort.

**Abg. Svetec:**

Die geehrten Herren Vorredner haben eben einerseits die Wichtigkeit des kaiserlichen Handschreibens auseinandergesetzt, dessen Inhalt wir soeben vernommen haben, andererseits die Dringlichkeit betont, dieses kaiserliche Handschreiben mit einer Adresse zu erwidern.

Daß es nicht nöthig ist, die Wichtigkeit des kaiserlichen Handschreibens viel zu beweisen, kann ich aus der Thatfache folgern, daß der Ruf nach Aenderung des Systems, nach Umkehr auf dem bisherigen Wege ein allgemeiner war, daß dieser Ruf nicht bloß von den Völkern Oesterreichs, daß er auch von den Vertretern dieser Völker, vom Reichsrathe laut erhoben wurde.

Se. Majestät, unser allergnädigster Kaiser hat diesen Ruf gehört, er hat ihn aber auch erhört und hat eben mit dem Manifeste, dessen Mittheilung wir eben das Glück gehabt haben, zu vernehmen, jene Umkehr angeordnet; er hat selbst die Bahn frei gemacht und den Völkern es selbst in ihre Hand gegeben, die Meinungen zu eröffnen und ihre Wünsche klar zu geben, wie die staatsrechtliche Gestaltung des Reiches, wie ihre Rechte sichergestellt werden sollen.

Nachdem das der Sachverhalt ist, glaube ich die Wichtigkeit des Gegenstandes nicht weiter beweisen zu sollen.

Es handelt sich ja, meine Herren, um konstitutionelle Rechte, es handelt sich um die Autonomie der Länder, es handelt sich um die Machtstellung des Staates, es handelt sich um die rechtliche Gestaltung der einzelnen Königreiche und Länder; das glaube ich, beweist die Wichtigkeit hinlänglich.

Andererseits aber glaube ich, ist der Gegenstand des heutigen Antrages auch dringend; denn, wenn unser erhabener Herr ein so hochherziges Wort zu uns gesprochen hat, ist es wahrlich nicht geziemend, wenn wir lang und breit debattiren wollten, ob wir ihm darauf überhaupt eine Erwiderung und Antwort geben sollen.

Ich glaube, die Ehrfurcht, die wir Alle hegen und andererseits die Ueberzeugung, daß wir einen Gegenstand von entscheidender Wichtigkeit vor uns haben, wird uns bestimmen, für die Dringlichkeit des Gegenstandes zu stimmen, und ich unterstütze mit Entschiedenheit den Antrag des Herrn Dr. Bleiweis.

**Präsident:**

Wünscht noch Jemand das Wort? (Nach einer Pause:) Wenn Niemand das Wort ergreift, so werde ich über den Dringlichkeitsantrag abstimmen lassen. Jene Herren, welche diesen Antrag als Dringlichkeitsantrag anerkennen, belieben sich zu erheben. (Es erheben sich die Herren Abgeordneten: Dr. Bleiweis, Dr. Costa, Dr. Toman, Dechant Toman, Rosmann, v. Langer, Koren, Sagorz, Klemenčič, Svetec, Kapelle.)

**Präsident:**

Die Minorität hat sich erhoben.

Es wird somit der Antrag nach §. 18 der Geschäftsordnung behandelt und ich werde in einer der nächsten Sitzungen dann über den Gegenstand selbst abstimmen lassen.

Wir kommen nun zur Wahl der Schriftführer; ich bitte die Herren, zwei Schriftführer zu wählen für die Dauer von 14 Tagen. (Nach erfolgter Abgabe der Stimmzettel:)

Herr Abgeordneter Dr. v. Wurzbach und Herr L.-G.-R. Kromer, ich ersuche Sie, mich im Scrutinium zu unterstützen. (Nach erfolgter Verlesung der abgegebenen 28 Stimmzettel:)

**Abg. v. Wurzbach:**

Ich bitte, meine Herren, ich habe einen Stimmzettel überhört; ich ersuche daher den Herrn Abg. Kromer, das Resultat der Wahl bekannt zu geben.

**Abg. Kromer:**

Dr. Costa erhielt 16 Stimmen, v. Langer und Svetec jeder 10 Stimmen, die andern Stimmen sind mehr getheilt.

**Präsident:**

In diesem Falle ist nur die relative Stimmenmehrheit nothwendig; es ist Herr Dr. Costa als Schriftführer gewählt und zwischen Herrn Langer und Svetec wird das Loos entscheiden.

(Dr. Costa nimmt den Platz am Schriftföhrentische ein. Aus der von dem Präsidenten dem Abg. Svetec hingehaltenen Wahlurne zieht derselbe ein Wahlzettel heraus.)

**Abg. Svetec:**

Herr v. Langer erscheint gewählt.

**Präsident:**

Die heutige Sitzung ist aufgehoben; zur nächsten Sitzung bringe ich an die Tagesordnung den Vortrag des Rechenschaftsberichtes, den Vortrag über das Gesuch der Witwe Gariboldi um Belassung der Gnadengabe für ihre Tochter Henriette, und den Bericht des Landesauschusses über ein Gesuch der Buchhaltungsbeamten um Erhöhung ihrer Gehalte.

Die nächste Sitzung ist Samstag 10 Uhr. — Schluß der Sitzung 12 Uhr 30 Min.

